



Das „ares.forum“ erscheint mehrmals im Jahr und steht Kunden, Vertriebspartnern und Freunden unseres Hauses kostenlos zur Verfügung.

Zu Beginn befassen wir uns mit dem Thema Unisex und beantworten die Frage: Wo wirken sich die neuen geschlechtsneutralen Kalkulationen besonders nachteilig aus?

Wir fassen Ihnen anschließend zusammen, was auf der politischen Bühne zum Thema Rentenversicherung diskutiert und „nicht“ umgesetzt wird. Eine Kurzbetrachtung zu den Renten der Versorgungswerke verdient die besondere Aufmerksamkeit der Freiberufler unter unseren Lesern.

Wertentwicklung über 7 Prozent – wie Top-Fonds Ihr Geld schützen. Mit diesem Artikel stellen wir Ihnen eine interessante Anlageform vor, die gute Renditeaussichten mit einem durchaus beherrschbaren Anlagerisiko verbindet.

Wir wünschen eine interessante Lektüre!

Andreas Bürse-Hanning,  
Vorsitzender des Vorstandes  
Aures Finanz AG & Cie. KG

## ☰ Inhalt

### 1. Altersversorgung

- Unisex – jetzt clever handeln für einen künftig günstigen Beitrag
- Politischer Aktionismus rund um die Rente
- Versorgungswerke unter Druck

### 2. Geldanlage

- Wertentwicklung über 7 Prozent – wie Top-Fonds Ihr Geld schützen

## ☰ 1. Altersversorgung

### → Unisex – jetzt clever handeln für einen künftig günstigen Beitrag

Derzeit zahlen Frauen zum Beispiel für eine Risikolebensversicherung signifikant niedrigere Beiträge als Männer. Der Grund: Laut Statistik haben sie eine höhere Lebenserwartung als das starke Geschlecht. Das Risiko, dass eine Frau früh stirbt und der Versicherer zahlen muss, liegt niedriger und dies reduziert die Prämien.

Bei der Rentenversicherung ist es genau umgekehrt. Hier besteht in der Kostenfrage ein deutlicher Männervorteil. Denn die statistisch niedrigere Lebenserwartung der Männer senkt für die Versicherer das Risiko einer möglicherweise Jahrzehnte andauernden Rentenzahlungsverpflichtung. Die Rentenpolen für Männer sind deshalb deutlich billiger – noch.

Künftig muss die Branche Männer und Frauen zu einheitlichen Konditionen versichern. Das bisherige Preisgefüge kommt damit in Bewegung. Bis Jahresende müssen die Versicherer tausende Tarife auf eine neue Kalkulationsgrundlage stellen.

Wer profitiert von dem neuen Regelwerk? Wer zahlt in Zukunft drauf? Wann lohnt es sich, jetzt noch schnell eine Police zu den al-

## Unisex-Tarife ab 21.12.2012

Mit den neuen Tarifen zahlen gleichaltrige Männer und Frauen für die gleiche Leistung den gleichen Beitrag.

Bis zum 20.12.2012 kann es sich daher lohnen, eine ohnehin geplante Vorsorge noch heute zu vereinbaren.



Altersrente (Privatrente, Betriebsrente und Rüruprente)	Beitrag sinkt ab 21.12.2012	Beitrag steigt ab 21.12.2012
Pflegeversicherung	Beitrag sinkt ab 21.12.2012	Beitrag steigt ab 21.12.2012
Berufsunfähigkeitsrente	Beitrag sinkt ab 21.12.2012	Beitrag steigt ab 21.12.2012
Risikolebensversicherung	Beitrag steigt ab 21.12.2012	Beitrag sinkt ab 21.12.2012
Private Krankenversicherung	Beitrag sinkt ab 21.12.2012	Beitrag steigt ab 21.12.2012

Quelle: Allianz / Aures Finanz

ten Konditionen abzuschließen? Die Beitragsexplosion in der Unisex-Welt ist teilweise gravierend, umgekehrt aber bleibt die Beitragssenkung für das jeweils andere Geschlecht deutlich hinter den Beitragssteigerungen zurück.

So sinkt in der Risikolebensversicherung für Männer der Preis höchstens um 22 Prozent. Dafür zahlen sie laut „Finanztest“ künftig erheblich mehr für Berufsunfähigkeitspolicen (bis zu 35 Prozent), private Rentenversicherungen und die Rürup-Rente (je bis zu 10 Prozent). Umgekehrt wiederum fallen bei diesen Produkten die Tarife für Frauen nur maximal um 6 Prozent.

Die kräftigsten Preissprünge müssen Männer hinnehmen, wenn sie nach dem Stichtag eine Pflegeversicherung vereinbaren. Hier schlagen die Anbieter bis zu 40 Prozent auf;

für Frauen wird es bestenfalls um 24 Prozent günstiger, so „Finanztest“. Versicherer begründen die moderaten Beitragssenkungen gegenüber den oft erheblichen Beitragssteigerungen des jeweils anderen Geschlechts damit, dass künftig ein Sicherheitszuschlag kalkuliert werden muss.

Dieser Sicherheitszuschlag wird erforderlich, weil die Gesellschaften nicht wissen, wie sich ihr künftiges Neugeschäft in Bezug auf die Geschlechterverteilung entwickelt. Dies zwingt die Anbieter gerade bei lang laufenden Verträgen zu einer vorsichtigen Kalkulation, was die Preise auch im neuen Unisex-Tarif zwangsläufig nach oben treibt.

Bis zum 20.12. lohnt es sich daher in vielen Fällen, eine ohnehin geplante Vorsorge schon heute zu vereinbaren. Wir beraten Sie selbstverständlich gerne.

### → **Politischer Aktionismus rund um die Rente**

In diesen Wochen überschlagen sich die Meldungen über geplante Reformen der gesetzlichen Rente. Statt diese Vorhaben auch umzusetzen, droht nun alles im politischen Konkurrenzgerangel stecken zu bleiben.

#### **a) Alterssicherung für Selbstständige**

Vielen Selbstständigen droht Altersarmut. Dagegen soll eine obligatorische Alterssicherung helfen. Doch das Prestigeprojekt der Regierung kommt vermutlich nicht.

Selbstständigen in Deutschland bleibt ein Zwang zur Alterssicherung vorerst erspart. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen zögert die geplante Einführung der Pflichtrente hinaus. Ein Ministeriumssprecher sagte, man wolle erst eine Machbarkeitsstudie abwarten. Damit ist unklar, ob Schwarz-Gelb

von der Leyens Prestigeprojekt vor der Bundestagswahl überhaupt noch beschließt. Zumal der Unmut bei Selbstständigen äußerst groß ist.

Die CDU-Politikerin hatte ihr Vorhaben erstmals im Frühjahr vorgestellt (siehe: aures forum 04.2012). Die Notwendigkeit einer Pflichtvorsorge hatte sie damit begründet, dass das Risiko der Altersarmut nicht auf die Gesellschaft abgewälzt werden dürfe.

#### **b) Zuschussrente**

Selbst nach 35 Jahren Vollzeit und einem Gehalt von 2.500 Euro können Arbeitnehmer ab 2030 nur mit dem Grundsicherungsbeitrag rechnen. Bundesarbeitsministerin von der Leyen warnt vor den Auswirkungen bisher beschlossener Rentenreformen – und wirbt für die von ihr geplante Zuschussrente. *Ab dem Jahr 2030 erhielten selbst Arbeitnehmer, die 2.500 Euro brutto im Monat verdient und 35 Jahre Vollzeit gearbeitet haben, eine Rente in Höhe des Grundsicherungsbeitrags von 688 Euro, so neueste Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums.*

Grund für das steigende Altersarmutsrisiko seien die bereits beschlossenen Rentenreformen, nach denen das Rentenniveau bis 2030 von derzeit 51 Prozent auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns vor Steuern sinkt. Von der Leyen wirbt für die von ihr geplante Zuschussrente in Höhe von 850 Euro. Ziel dieser Rentenreform: Wer viel gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll mindestens 850 Euro Rente pro Monat bekommen – und damit mehr als die derzeitige Grundsicherung.

Nach dem Willen von der Leyen sollen die Kosten dieser Reform teilweise aus der Rentenversicherung finanziert werden. Die FDP verlangt ebenso wie die Deutsche Rentenversicherung und die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände eine Finanzierung der Zuschussrente aus Steuermitteln.

#### **c) Ausbauprogramm für die Betriebsrente**

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel hingegen

plant ein milliardenschweres neues Ausbauprogramm für die Betriebsrente. Mit einem auch durch Steuergelder finanzierten Ausbau der Betriebsrente will die SPD erwartete Verluste in der gesetzlichen Rentenversicherung kompensieren. Die SPD will mittels höherer Anrechnungszeiten und Förderung von Frauen für steigende Ansprüche an die gesetzliche Versicherung sorgen, andererseits die Lücke durch mehr betriebliche Vorsorge schließen.

Wesentlicher Kern bleibt der Ausbau einer „kapitalgedeckten Altersvorsorge“. Zusammen mit den Tarifparteien wolle man sie möglichst flächendeckend verbreiten. Nach dem Modell soll jeder Beschäftigte 6 Prozent seines Bruttoeinkommens gefördert in die Eigenvorsorge umwandeln. Solange der Arbeitnehmer nicht widerspricht, würden automatisch 2 Prozent seines lohnsteuerpflichtigen Bruttoeinkommens in eine betriebliche Altersvorsorge umgewandelt, die der Staat pauschal mit 400 Euro im Jahr fördern würde.

Auf die so angesparten Beträge müssten Sozialabgaben entrichtet werden; die SPD erhofft sich auf diese Weise zusätzliche Einnahmen von bis zu 9 Milliarden Euro. Sie will diese Rente dadurch attraktiv machen, dass auf Betriebsrenten nur noch der halbe Satz zur Kranken- und Pflegeversicherung erhoben würde. Heute müssen Betriebsrentner den vollen Beitragssatz von 15,5 Prozent zahlen, was viele empört.

Eine Gruppe von 14 jungen Abgeordneten aus Union und FDP bemängelt unterdessen, dass es sich für Geringverdiener nicht lohnt, privat oder betrieblich vorzusorgen. Wer am Ende seines Arbeitslebens einen Betrag angespart hat, bekommt diesen, wenn er staatliche Grundsicherung bezieht, davon abgezogen.

Wenn es nach den Vorstellungen der jungen Abgeordneten geht, soll es einen Freibetrag bei der Zusatzvorsorge von mindestens 100 Euro geben – finanziert aus Steuermitteln.

Die CSU entwickelt eine weitere Idee. Sie will Mütter besserstellen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Den Müttern sollen drei Beitragsjahre statt bislang ein Jahr fürs Rentenkonto angerechnet werden. Für die oft besonders von Altersarmut betroffenen Frauen mit Kindern würden die Renten dadurch steigen.

Reförmchen über Reförmchen, aber Einigkeit ist nicht in Sicht. Es wäre hilfreich, wenigstens Einigkeit über ein Reformvorhaben zu erzielen und dann konsequent an dessen Umsetzung zu arbeiten. Tatsächlich wird aber leider nur Staub aufgewirbelt, ohne erkennbare Veränderungen der prekären Situation in der gesetzlichen Rentenversicherung zu erreichen. Veränderungen sind jedoch dringend erforderlich.

#### **→ Versorgungswerke unter Druck**

Rund 800.000 Freiberufler in Deutschland vertrauen beim Thema Altersversorgung auf die berufsständischen Versorgungswerke. Einige Presseartikel (z.B. in Capital, Financial Times Deutschland) haben in jüngster Zeit die langfristige Finanzierbarkeit der Versorgungswerksrenten in Frage gestellt.

Analog zu dem bei Lebensversicherern festzustellenden Anlagenotstand im Bereich der festverzinslichen Papiere sind auch die Versorgungswerke vom kontinuierlichen Rückgang der Kapitalmarktrenditen betroffen. Denn auch bei den Versorgungswerken sind Staatsanleihen und Pfandbriefe die Basisanlage für die Beiträge der Mitglieder.

Dass die bisherigen Renditeversprechen angesichts einer Umlaufrendite von Bundesanleihen deutlich unter 2 Prozent mittel- und langfristig kaum zu halten sein dürften, liegt auf der Hand.

Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass lt. Capital die Haftungsfrage bei der Pleite eines Versorgungswerks rechtlich völlig ungeklärt ist. In einer Stellungnahme des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages heißt es dazu: „Die Frage, wer im Insolvenz-

fall für die Renten der Freiberufler aufkomme, sei bisher nicht abschließend beantwortet worden“.

Da die klassischen Versorgungswerke weder Mitglied der Protektor AG (leistet im Insolvenzfall eines Lebensversicherers) sind, noch eine Absicherungspflicht der Anwartschaften über den Pensionssicherungsverein (PSV) (leistet bei Insolvenz eines Arbeitgebers in der betrieblichen Altersversorgung) besteht, ist diese Frage von erheblicher Bedeutung.

Eine der Maßnahmen, mit denen nun die Anlageschwierigkeiten der Versorgungswerke angegangen werden sollen, ist die Senkung des Rechnungszinses für Neueintritte. Mit anderen Worten: um die laufenden Renten und die Anwartschaften der älteren Anwärter nicht kürzen zu müssen, werden die erst in ferner Zukunft zu erfüllenden Anwartschaften der jüngeren Mitglieder über einen niedrigen Rechnungszins begrenzt.

Besonders prekär ist auch die Tatsache, dass es den Versorgungsberechtigten bislang kaum möglich ist, von den Versorgungswerken verlässliche Einschätzungen über die Höhe der eigenen zu erwartenden Rentenansprüche zu erhalten. Die Versorgungswerke bilden hier eine „Mauer des Schweigens“, was zu Recht in der aktuellen Berichterstattung beanstandet wird.

Für die Betroffenen stellt sich nun die Frage, wie man mit dieser Situation umgehen soll.

Eine ergänzende Altersversorgung über die Pflichtbeiträge hinaus ist schon aus Risikostreuungsgesichtspunkten außerhalb der Versorgungswerke zu empfehlen.

Die Basisrente über eine Lebensversicherungsgesellschaft bietet steuerlich exakt dieselben Gestaltungsmöglichkeiten wie die Rente der Versorgungswerke und ist hier eine der möglichen – und sinnvollen – Handlungsoptionen.

## 2. Geldanlage

### Wertentwicklung über 7 Prozent – wie Top-Fonds Ihr Geld schützen

Mischfonds sind Investmentfonds, die sowohl in Aktien, Rentenpapieren, Geldmarkttiteln, Rohstoffen, Edelmetallen als auch in Immobilien-Sondervermögen anlegen können. Sie kombinieren Wachstumschancen von risikobehafteteren Anlagen wie z. B. Aktien mit Renditen aus vergleichsweise sicheren festverzinslichen Wertpapieren. Dies gibt dem Fondsmanager einen größeren Anlagespielraum.

Trotz der vielen Statistiken, die besagen, dass nur wenige Fondsmanager langfristig den Index schlagen. Gibt es verlässliche Geldvermehrer? Sechs der besten Manager der Kategorie Mischfonds haben in den vergangenen Krisenjahren besonders erfolgreich agiert. Die sechs Fonds sind teils bekannte Milliardenflaggschiffe wie der Carmignac Patrimoine und der Flossbach von

Storch Multiple Opportunities. Doch auch weniger bekannte Fonds wie der BL Global 50, der Ethna Defensiv Global, der M & G Optimal Income sowie der M & W Privat überzeugten mit guter Rendite bei geringem Risiko. Gemeinsam erwirtschafteten die Fonds seit Anfang 2008 eine durchschnittliche jährliche Rendite von 7,7 Prozent.

Mischfonds eignen sich gerade für die Anleger, denen derzeit eine Anlageentscheidung für eine bestimmte Anlageklasse schwerfällt. Was die Investmententscheidung derzeit so erschwert sind die Märkte. Sie reagieren auf das, was EU-Regierungen, Brüssel und die Europäische Zentralbank zur Stabilisierung des Euro unternehmen. Wie die Maßnahmen sich auf langfristig investiertes Kapital auswirken werden, lässt sich dabei nur schwer prognostizieren.

Insbesondere gelten bei Staatsanleihen neue Spielregeln. Papiere aus den Schuldenstaaten werfen hohe Zinsen ab, sind aber gefährlich. Deutsche Staatsanleihen werden dagegen als sicher eingestuft. Doch die Zinsen sind unter die Inflationsrate gesunken, Investoren machen also Verluste. Die Folge: Es gibt keine risikofreien Investments mehr. Wer dennoch Gewinne erzielen will, muss sein Vermögen breit über verschiedene Anlageklassen streuen. Und er muss das Depot ständig überprüfen und bereinigen, Gewichtung neu zu justieren.

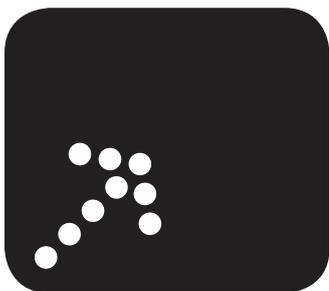
Nicht alle Anleger können und wollen dies. Anleger können die Kunst des Wechsels der Anlageklassen Profis überlassen, die dies innerhalb von Mischfonds mit unterschiedlicher Risikoorientierung für sie übernehmen. Naheliegender ist die Idee, in die leistungsstärksten Mischfonds in einem Portfolio zu investieren.

Die vergangenen fast fünf „Krisenjahre“ waren ein ganz besonderer Hätetest. Das gemischte Mischfonds-Portfolio hat ihn mit Bravour bestanden und damit sehr gute Chancen, auch in Zukunft gute Ergebnisse für Anleger zu erzielen.

### Das gemischte Mischfonds-Portfolio

Name	Fondsgesellschaft	Wertentwicklung* 2012 in %	Wertentwicklung* p. a. seit 2008 in %
<b>Ethna Global Defensiv</b>	Ethenea	6,7	7,4
<b>FvS Multiple Opportunities</b>	Flossbach von Storch	11,4	11,5
<b>M&amp;W Privat</b>	Mack & Weise	-0,4	6,1
<b>M&amp;G Optimal Income</b>	M & G	8,1	10,6
<b>BL Global 50</b>	Banque de Luxembourg	2,5	3,3
<b>Carmignac Patrimoine</b>	Carmignac	7,2	6,6
<b>Durchschnitt</b>		6,8	7,7

\*Stand 16.08.2012; Quelle Fondsgesellschaften



# FAX ANTWORT

+49 / (0) 2 08 / 81 08 20 - 20

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Telefon tagsüber:

Telefax:

e-mail:

Bitte senden Sie mir das aures.forum in Zukunft:

- per Post
- per Email
- per Telefax

Ich wünsche weitere Informationen  und /oder eine persönliche Beratung  zu den Themen:

- Altersversorgung vor Unisex-Tarifeinführung
- Berufsunfähigkeitsversicherung vor Unisex-Tarifeinführung
- Private Krankenversicherung vor Unisex-Tarifeinführung
- Private Pflegeversicherung vor Unisex-Tarifeinführung
- Mischfondsportfolio

**Herausgeber:**

**Aures Finanz AG & Cie. KG**

Mintarder Str. 18 a

45481 Mülheim an der Ruhr

Tel. 02 08 - 81 08 20

info@ares.ag

www.ares.ag

**Aures Finanz AG & Cie. KG**

Höfinger Straße 16

70499 Stuttgart

Tel. 07 11 - 88 20 07 30

Anmerkungen:

---

---

---

---

---